# Kurs auf die Welt

Joachim Gauck, Frank-Walter Steinmeier und Ursula er Leyen fordern eine entschlossenere deutsche Außenpolitik. Wie kam diese Wende zustande? Und in welche Konflikte führt sie?

*Von Jochen Bittner und Matthias Nass*

**Joachim Gauck:**

*»Es ist trügerisch, sich vorzustellen, Deutschland sei geschützt vor den Verwerfungen unserer Zeit - wie eine Insel. (...) Die Folgen des Unterlassens können ebenso gravierend wie die Folgen des Eingreifens sein - manchmal sogar gravierender.«*

**F.-W. Steinmeier:**

*»So richtig eine Politik militärischer Zurückhaltung ist, so darf sie nicht missverstanden werden als ein Prinzip des Heraushaltens.«*

**Ursula von der Leyen**

*»Europa kommt im Spiel der globalen Kräfte nicht voran, wenn die einen sich immer dezent zurückhalten, wenn es um militärische Einsätze geht, und die anderen unabgestimmt nach vorne stürmen.«*

… In der außenpolitischen Community Berlins gärt die Unzufriedenheit mit der deutschen Lethargie schon seit Langem. Vier Jahre Westerwelle, vier Jahre ohne klaren Kurs, dafür mit umso mehr Verstimmung bei den Bündnispartnern, all das hat den Unmut wachsen lassen. Das Grummeln war deutlich vernehmbar, auch ohne Gauck.

Ein Jahr lang, von November 2012 bis Oktober 2013, trifft sich in Berlin eine Arbeitsgruppe, um über eine aussenpolitische Strategie für Deutschland zu sprechen. Beamte aus dem Kanzleramt und dem Auswärtigen Amt diskutieren darin ebenso mit wie Vertreter von Denkfabriken, Völkerrechtsprofessoren, Journalisten sowie die führenden Außenpolitiker aller Bundestagsfraktionen.

Den Anstoß hatte der German Marshall Fund (GMF) gegeben, ein Washingtoner Thinktank. Am Ende der Beratungen steht ein Papier mit dem Titel: »Neue Macht, neue Verantwortung«. Einer der Initiatoren des Projekts war der damalige GMF-Direktor und frühere Zeit-Redakteur Thomas Kleine-Brockhoff. Kurze Zeit später, im August 2013, wird er Chef des Planungsstabs beim Bundespräsidenten. Seither gehen über seinen Schreibtisch alle Reden von Joachim Gauck.

Am Freitag vergangener Woche schließlich hält Gauck seine lange vorbereitete Rede in München. Die Exportnation Deutschland profitiere wie kaum ein anderes Land von der offenen Weltordnung, es müsse deshalb seinen fairen Risikoanteil daran tragen, diese Weltordnung zu erhalten. In Deutschland aber habe sich ein »fragwürdiges Recht, auf Wegsehen« ausgebildet. »Das«, hebt Gauck die Stimme, »werde ich immer kritisieren. Die Bundesrepublik muss bereit sein, mehr für jene Sicherheit zu tun, die seit Jahrzehnten von anderer» gewährt wird.«

Seither debattiert die Republik über die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, über das richtige Maß von Enga-

gement - und vor allem darüber, wie militärisch dieses Engagement sein muss. Und viel spricht dafür, dass in dieser Debatte die eigenartige Allianz von Präsident, Außenminister und Verteidigungsministerin nicht lange halten wird. Schon jetzt zeichnen sich zwischen Union und SPD scharfe Differenzen in vielen Fragen ab.

Wer dazu bisher wenig sagt, ist die Frau, die eigentlich die Richtlinien der deutschen Politik bestimmen sollte. Aber »die Kanzlerin will keine sicherheitspolitische Generaldebatte«, sagt ein CDU-Bundestagsabgeordneter. Sie habe Angst vor Streitigkeiten zwischen den Ressorts. »Und vor den Europawahlen kann sie eine solche Debatte schon gar nicht gebrauchen.« Auch Unions-Fraktionschef Volker Kauder verfolgt die Debatte mit sichtlicher Skepsis. Im Spiegel verteidigt er Merkels und Westerwelles außenpolitischen Kurs: »Ich kann zum Beispiel nicht erkennen, dass die Militäraktion Frankreichs und Großbritanniens gegen Libyen ein Erfolg war.« Die CSU will schon rein gar nichts von neuen Militäreinsätzen wissen. »Die CSU steht diesen Plänen für Afrika sehr reserviert gegenüber«, erklärt Peter Gauweiler in der Bild-Zeitung. Die schrillen Töne sind erklärlich; in Bayern stehen Kommunalwahlen an.

Langfristig schwerer dürften die Differenzen zwischen den Koalitionspartnern Union und SPD wiegen. Die Frage, wie Deutschland seine Rolle in der Welt wahrnehmen solle, beantworten sie ganz unterschiedlich. Die SPD will, kurz gesagt, mehr Krisenprävention, die CDU mehr Fähigkeit zur Intervention. Handfest werden solche Unterschiede sehr schnell, wenn es ums Geld geht, um Ministerkompetenzen oder - die wohl heikelste Frage - um die Rechte des Parlaments in Fragen des Krieges.

So fordern einige Verteidigungsfachleute der CDU, die Bundestagsbeteiligung bei der Mandatierung von Militäreinsätzen müsse überdacht werden. Dahinter steckt der Gedanke, die Bundeswehr zu einem verlässlicheren Partner in multinationalen Verbänden wie der EU Battlegroup, der Nato Response Force oder den Awacs-Aufklärungsflugzeugen zu machen. Einer derjenigen, die diese Idee am lautesten ventilieren, ist Roderich Kiesewetter, Oberst a. D. und Obmann für Außenpolitik in der Unionsfraktion. Die Exekutive, sagt er, brauche eine gewisse Bandbreite für den Einsatz dieser Verbände. »Natürlich muss der Bundestag das Entscheidungsrecht für Einsätze deutscher Soldaten behalten«, sagt Kiesewetter. »Aber es geht schon um die Prüfung einer Vorfestlegung, damit wir langfristige Verpflichtungen eingehen können.«

Diesen Wunsch könne die Union gleich vergessen, entgegnet der außenpolitische Sprecher der SPD, Niels Annen. »Einige in der Union mögen das auf der Agenda haben. Aber den Parlamentsvorbehalt werden wir nicht anfassen, das steht fest.«

Auch bei anderen Fragen treiben die Vorstellungen zwischen roter und schwarzer Außenpolitik auseinander: beim Verteidigungsetat, bei den Rüstungsexporten, beim Umgang mit Russland und bei der Gesprächsbereitschaft mit Vertretern des politischen Islams in den arabischen Staaten.

Die SPD ist, grob gesprochen, für Gespräche mit autoritären Regimen offener, gegenüber Panzerexporten Richtung Saudi-Arabien verschlossener und geneigt, mehr Geld für eine zivile Krisenprävention auszugeben als für Präzisionsbomben und Kampfhubschrauber. »Wir sehen mit Sorge, wie viele Mittel in große Rüstungsprojekte geflossen sind, verglichen mit der Aus-

stattung der Sanitätseinheiten«, sagt Rolf Mützenich, der führende Außenpolitiker der SPD-Fraktion. Manch einer bei der Union sieht es genau umgekehrt. Und dann ist da noch das Reizthema Drohnen - über das noch keiner spricht.

Kurzum, irgendwann wird Angela Merkel sagen müssen, was denn nun die neue deutsche Außenpolitik sei. »Nach meiner Einschätzung treibt sie das Thema nicht voran, sie lässt es geschehen«, sagt Volker Perthes, der Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Vielleicht erinnert sich Angela Merkel auch daran, dass Deutschland eine ähnliche Debatte bereits vor zwanzig Jahren geführt hat. Damals ging es um ein militätisches Eingreifen auf dem Balkan. Die Frage lautete: Darf Deutschland Soldaten ins Ausland schicken, zudem in ein Land, das einst von der Wehrmacht besetzt worden war?

Nie wieder Krieg - oder nie wieder Auschwitz? So zugespitzt diskutierte das Land damals den ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr seit deren Bestehen. Die rot-grüne Bundesregierung entschied sich zum Truppeneinsatz im Kosovo. Ein Tabu war gebrochen,

Oder doch nicht? Warum jetzt die neue Debatte? »Ich glaube, wir sind in den letzten Jahren hinter den Diskussionsstand zurückgefallen, den wir glaubten, mit der Kosovokrise erreicht zu haben«, sagt Wolfgang Ischinger. Die Erklärungen liegen auf der Hand: das Debakel des auf Lügen gebauten Irakkrieges. Die Sorge, ein Afghanistan zurückzulassen, das nach dem Abzug der Nato bald wieder im Bürgerkrieg versinken könnte.

Nein, die Frage nach Sinn und Nutzen militärischer Auslandseinsätze stellt sich heute so drängend wie vor zwanzig Jahren. Populär sind solche Einsätze in der Bevölkerung nicht. Nur würde man die gegenwärtige Debatte gründlich missverstehen, begrenzte man sie nur auf das Militärische. Aktive Diplomatie ist das genaue Gegenteil. Gut möglich, dass Merkel die Diskussion dennoch rasch wieder abmoderieren möchte. Denn Wählerstimmen gewinnt man so nicht.

Dass aber der Bundespräsident ihr diesen Gefallen tut und künftig wieder schweigen wird, das ist mehr als unwahrscheinlich.

***Link***

*Die Zeit vom 06.02.2013*